

# Wochenblatt für Wilsdruff

Charandt, Nossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

Er scheint  
wöchentlich zweimal u. zwar Dienstags  
und Freitags. — Abonnementspreis  
vierteljährlich 1 Mk., durch die Post  
bezogen 1 Mk. 25 Pf. — Einzelne  
Nummern 10 Pf.

Inserate  
werden Montags und Donnerstags  
bis Mittags 12 Uhr angenommen.  
Insertionspreis  
10 Pf. pro dreispaltige  
Corpuszeile.

## Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaft Meissen, für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Wilsdruff,  
sowie für das Kgl. Forstrentamt zu Charandt.

Druck und Verlag von Martin Berger in Firma D. A. Berger in Wilsdruff. — Verantwortlich für die Redaktion D. A. Berger daselbst.

No. 63.

Dienstag, den 7. August

1894.

### Bekanntmachung.

Die mittels Bekanntmachung vom 28. vor. Mts. aus Anlaß des vom 14. bis 20. dts. Mts. bei Grumbach stattfindenden Gefechtschießens des königlichen Schützen-Regiments No. 108 verfügte **Sperung** der silesischen Straßenstrecke Limbach-Wilsdruff wird **nicht stattfinden**, da anher gelangter Mitteilung zufolge der gedachte Straßentract außerhalb des Gefahrenbereiches liegt.  
Meissen, den 4. August 1894.

Königliche Amtshauptmannschaft.  
J. B. Meusel, Bezirksassessor.

### Bekanntmachung.

Laut anher erstatteter Anzeige sind folgende, bei hiesiger städtischen Sparkasse ausgestellte Einlagebücher als:

**Mr. 24868, 26464, 26894, 31733, 31734, 34533 und 35069**

den Inhabern abhanden gekommen.

Unter Hinweis auf § 18 des für die städtische Sparkasse hieselbst geltenden Regulativs wird der etwaige Inhaber dieser Einlagebücher hiermit aufgefordert, seinen Anspruch an dieselben, wenn er solchen zu haben vermeint, bei Verlust desselben, binnen drei Monaten vom Tage dieser Bekanntmachung ab gerechnet, bei uns anzuzeigen.  
Wilsdruff, am 27. Juli 1894.

Der Stadtrath.  
In Stellvertretung:  
Junke.

### Der griechische Staatsbankrott.

Die Verständigungsverhandlungen zwischen der griechischen Regierung und den Vertretern der Staatsgläubiger Griechenlands sind bekanntlich an der fast böswillig zu nennenden und gewiß nichts weniger denn entgegenkommenden Haltung des Ministerpräsidenten Trikupis, vorerst gescheitert. Ueber den unerhörten Rechtsbruch, dessen sich Griechenland gegenüber seinen Gläubigern schuldig gemacht hat, herrscht fast allseitig nur Eine Stimme, und ebenso findet die an brutale Rücksichtslosigkeit grenzende Stellungnahme des Herrn Trikupis bei den erwähnten Unterhandlungen allgemeine Verurtheilung. Eine der schärfsten, aber auch treffendsten Kritiken, welche das Verhalten Griechenlands und seiner leitenden Persönlichkeiten in dieser Finanzaffäre erfahren hat, stellt wohl ein der griechischen Finanzkatastrophe gewidmeter Artikel des bekannten Londoner Fachblattes „Economist“ dar. In demselben wird nachgewiesen, daß die Lage der griechischen Staatsfinanzen gar nicht eine so schlimme sei, um eine so schrankenlose Auflösung (Repudiation) der Verbindlichkeiten Griechenlands zu rechtfertigen, wie solche die jüngsten Vorschläge Trikupis bedeuteten. Dann führt „Economist“ weiter aus, daß nach voller Befriedigung der mit einem Vorzugsrecht ausgestatteten alten Anleihe und Tilgung der schwebenden Goldschulden ein Betrag von 448,000 Pfund erübrige, welcher genüge, um den Gläubigern eine 40 Proz. Einlösung der Coupons zu sichern. Statt dessen biete Griechenland kaum 30 Prozent. Die Ersparnis werde nach sicheren Berechnungen hinreichen, um die gesammte griechische Staatsschuld, deren Zinsen ja durch die Repudiation sehr entwerthet seien, in 50 Jahren durch börsenmäßigen Rücklauf vollständig zu tilgen. Es sei der Gipfelpunkt der Scham- und Unerblichkeit, die Schuld gleichsam durch die Gläubiger selbst zahlen zu lassen, dadurch, daß die Zinsen 70 Proz. gekürzt werden. Zu verwundern sei, daß Trikupis nicht noch einen Schritt weiter gehe, die Zinsenzahlung vollständig einstelle und die ganzen Staatseinnahmen zur Tilgung der Staatsschuld durch börsenmäßigen Rücklauf verwende. Dann würde der Kurs der griechischen Rente auf Null sinken und die Rückzahlung würde sich in wunderbar billiger und einfacher Weise vollziehen.

Die griechische Finanzleitung hat diesen grimmen Hohn gewiß vollverdient, aber sie wird sich durch eine so abfällige Kritik ihres Verhaltens schwerlich zu einer Aenderung ihres Benehmens bestimmen lassen, dazu gehören offenbar drastischere Mittel. Es ist nun in den letzten Tagen viel davon die Rede gewesen, daß speziell Deutschland beabsichtige, in der schwebenden Frage energig gegen Griechenland vorzugehen, und dasselbe durch die eventuelle Abberufung des deutschen Gesandten in Athen, sowie Aufhebung des mit Griechenland abgeschlossenen Handelsvertrages zu bestimmen, seinen Verbindlichkeiten gegen die deutschen Bondholders nachzukommen. Inzwischen sind aber diese Gerüchte von mehreren Seiten übereinstimmend als mindestens verfehlt hingestellt worden, und in der That scheint die deutsche Regierung noch keineswegs gefonnen zu sein, zu den ihr zugeschriebenen energischen Entschlüssen gegen Griechenland zu greifen, sondern sich zunächst mit den anderen in der griechischen Finanzcalamität interessierten Mächten — vor Allem mit Frankreich und England — ins Einvernehmen zu setzen. Es ist allerdings anzunehmen, daß ein von Deutschland, Frankreich und England gemeinsam ausgeübter diplomatischer Druck in Athen die Wirkung haben würde, die griechische Regierung zur

Erfüllungen ihrer finanziellen Verbindlichkeiten gegenüber dem Auslande zu veranlassen. Aber fraglich bleibt es, ob eine solche gemeinsame Action zu Stande kommt. Schon gegen Portugal war ja seinerzeit ein gemeinschaftliches Vorgehen der bei dem portugiesischen Staatsbankrott interessirter Staaten geplant, aber die Rivalitäten und ungleichen Interessen derselben verhinerten schließlich die Ausführung des Planes. So kann es am Ende auch in der griechischen Finanzaffäre kommen, dann jedoch kann man wohl von der deutschen Reichsregierung erwarten, daß sie nicht länger zögern wird, den deutschen Staatsgläubigern Griechenlands zur Befriedigung ihrer garantierten Forderungen zu verhelfen. Eine weitere Rücksichtnahme verdient der freche griechische Gernegroß deutscherseits gewiß nicht, und der Mittel, ihm dem Standpunkt gehörige Klar zu machen, giebt es auch genug.

### Tagesgeschichte.

Kaiser Wilhelm hat, nachdem er zuvor seiner auf Schloß Wilhelmshöhe bei Kassel weilenden Familie einen Besuch abgestattet, am Sonntag die angekündigte Reise nach England an Bord der „Hohenzollern“ angetreten. Der diebstahlige Aufenthalt des deutschen Herrschers auf englischem Boden trägt keinerlei politischen Charakter, er gilt vielmehr neben dem Besuche des englischen Hofes hauptsächlich der Theilnahme des Kaisers an den August-Regatten des königlichen Yachtgeschwaders, außerdem wird der hohe Gast eine Parade über die im Lager von Aldershot vereinigten Truppen abnehmen. Soweit bekannt, gedenkt der Kaiser zehn Tage in England zuzubringen.

Berlin, 3. August. Ueber die Reise des Kaisers nach England schreiben die „B. P. N.“: Der Aufenthalt Kaiser Wilhelms in England dürfte auf etwa zehn Tage bemessen sein. Als dienstthuende Offiziere werden sich bei dem Kaiser der Generalmajor von Marhal, Commandeur des 1. Royal-Dragoons, des Kaisers britischer Regiment, und Oberst Bigge melden. Der Kaiser trifft nebst Gefolge am Nachmittag des 6. August an Bord der „Hohenzollern“ und begleitet von der „Prinzess Wilhelm“ in Solent ein, wo er vom Prinzen von Wales und dem deutschen Botschafter empfangen wird. Von dort begibt der Kaiser sich unverzüglich nach Osborne zum Besuch bei der Königin Viktoria, wo ihm zu Ehren ein Brunnmahl stattfindet. Während der Dauer der Regatten wird Kaiser Wilhelm entweder an Bord seiner eigenen Yacht „Meteor“ dem Sport obliegen oder an Bord der Yacht des Prinzen von Wales, der „Britannia“. Dinerpartien finden bei der Königin Viktoria, beim Prinzen von Wales und bei dem Club der Royal Yacht Squadron statt. Kaiser Wilhelm seinerseits wird ein großes Essen an Bord der „Hohenzollern“, wahrscheinlich am 13. August, veranstalten. Ein zweitägiger Besuch des Lagers von Aldershot ist geplant, wo der Herzog von Connaught die Honneurs machen und dem Kaiser die Lagertruppen vorführen wird. Demnächst wird sich der Kaiser in Osborne von der Königin Viktoria verabschieden und die Rückreise nach Deutschland antreten.

Berlin, 4. August. Der hiesige japanische Geschäftsträger hat im Auftrage seiner Regierung dem Auswärtigen Amte amtlich notifizirt, daß Japan an China den Krieg erklärt habe.

Wir haben schon öfter darauf hingewiesen, daß die Sozialdemokraten jahraus jahrein lebhaft agitiren und selbst während der Hochsommerzeit sich keine Ruhe gönnen. Die permanente

Agitation wird durch die unbedingte Abhängigkeit der sozialdemokratischen Abgeordneten von der Parteikasse erleichtert. Die „Vollvertreter“ jener Art sind dadurch zu steter Verfügung der Parteileitung und die besten Agitatoren schon um ihrer selbst willen. Zu dem werden ja jenen Herren ihre „Auslagen“ von den gebulldigen „Genossen“ reichlich erstattet. Wie nun das gesammte Agitationspersonal der Sozialdemokratie trotz deren Feindschaft gegen das „Drillsystem“ militärisch organisiert ist, so haben auch die einzelnen Abgeordnetenagitatoren ihr bestimmtes Kommando und ihre Marschroute, wonach sie sich zu richten haben. Für den Monat August lautet der Verteilungsplan folgendermaßen: Kühn für Schleswig-Holstein, Herbert für Schlesien, Metzger für Harz und Thüringen, Schumacher für das linke Rheinufer, Meister für Baden und Pfalz, Seifert für die Lausitz, Schulz für Ost- und Westpreußen, Wurm für die Provinz Sachsen, Reißhaus für die meiningischen Wahlkreise, Schönland für Württemberg und Fester für Hamburg. Die „Autoritäten“ helfen in besonders wichtigen Fällen aus und Hunderttausende von Flugblättern unterstützen diese systematische Agitation.

Der Fortgang der Feindseligkeiten zwischen Japan und China hat es der deutschen Regierung angezeigt erscheinen lassen, das zur Zeit an der Westküste Südamerikas stationierte Kreuzergeschwader, aus den Schiffen „Alexandrine“, „Arcona“ und „Marie“ bestehend, nach dem ostasiatischen Kriegsschauplatz zu beordern. Da in den ostasiatischen Gewässern bereits zwei deutsche Kanonenboote anwesend sind, so würde nach Ankunft des Kreuzergeschwaders an seinem neuen Bestimmungsorte die deutsche Flottenmacht an den Küsten Chinas insgesamt fünf Schiffe stark sein. Diese stattliche Macht dürfte wohl genügen, die allerdings nicht unerheblichen Interessen Deutschlands im östlichen Asien gegenüber allen Eventualitäten des japanisch-chinesischen Krieges kräftig zu wahren.

In der letzten Versammlung der Berliner Saalbesitzer wurde ein Telegramm eines Vertrauensmannes aus Borsenreisen verlesen, in dem mitgeteilt wurde, daß der Privatdozent Dr. Arons der sozialdemokratischen Parteileitung zur Fortführung des Boykotts gegen die Brauereien 300,000 M. zur Verfügung gestellt habe. Dr. Arons ist der „Nat.-Bl.“ zufolge ein eifriger Sozialdemokrat und hat schon seit längerer Zeit die Sozialdemokratie mit Geldmitteln unterstützt. In der letzten Zeit ist Dr. Arons auch in Volksversammlungen als Redner aufgetreten, konnte jedoch keine Vorbeeren ernten, da ihm die rhetorische Gabe vollständig versagt ist.

Weimar, 2. August. In der Revisionsinstanz wurde heute in dem Prozeß, betreffend den hiesigen Spar- und Borschupverein, der ehemalige Direktor Gerlach zu 5 1/2 Jahren Gefängnis und 6000 M. Geldstrafe, der Cassirer Hofmann zu 4 1/2 Jahren Gefängnis und 3500 M. Geldstrafe, der Vorjüngling des Aufsichtsrathes Niesen zu 5 Jahren Gefängnis und 5100 M. Geldstrafe, das Mitglied des Aufsichtsrathes Bär zu 4 Jahren Gefängnis und 3000 M. Geldstrafe verurtheilt.

Wien, 2. August. Ein heute erschienener Armeebefehl des Kaisers gedenkt des jähren unerwarteten Hinscheidens des Erzherzogs Wilhelm mitten aus seiner schaffensfreudigen Thätigkeit. Tief erschüttert beklagt der Kaiser und die Armee, vor Allem aber die Artillerie, an deren Spitze der Verbliebene 30 Jahre hindurch gestanden hat, den schmerzlichen Verlust des

8.20  
8.27  
8.37  
8.53  
8.59  
9.05  
9.50  
9.58  
10.04  
10.24  
10.33  
10.38  
11.11  
9.28